

Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at



Aktuelle

15. Oktober 2010 · Nr. 33 · 0,73 €

SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits
Kommentar von



Der Fahrplan zum Budget



Wien hat gewählt –
Ergebnisse und Analysen



SK-Chiefredakteur
Thomas Geiblinger

Der SPÖ-Pressedienst hat einen neuen Chefredakteur: Thomas Geiblinger wurde vom SPÖ-Bundesparteivorstand in diese Funktion bestellt. Geiblinger war bereits als Redakteur im SPÖ-Pressedienst tätig. Danach war er mehrere Jahre Pressereferent im SPÖ-Parlamentsklub. 2007 wurde Geiblinger Pressesprecher der damaligen Justizministerin Maria Berger, 2008 bekleidete er dieselbe Funktion im Kabinett von Gesundheitsminister Alois Stöger. Seit August dieses Jahres leitet er bereits den SPÖ-Pressedienst, nun wurde er vom SPÖ-Vorstand offiziell zum Chefredakteur der SK bestellt.

Im Zentrum des politischen Herbstes steht die Budgeterstellung: Vier Arbeitskreise aus Vertretern der Bundesregierung und der Länder haben ihre Arbeit aufgenommen; Ende Oktober werden die Ergebnisse in einer Regierungsklausur beraten.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Wiener Landtagswahl	4
Budgetfahrplan	6
Lehrlingsausbildung	7
Briefwahl	8
Kronzeugenregelung	9
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Sozialsprecherin Renate Csörgits	14

5-Jahres-Frist für Banker-Boni fördert Nachhaltigkeit

Langfristig, transparent und kontrolliert: Das sind die Prinzipien für die beschlossene Regelung zur Auszahlung von Bankmanager-Boni.

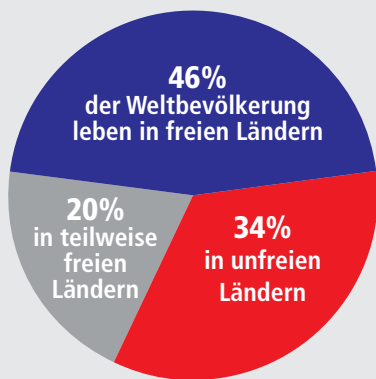
Die SPÖ hat sich mit ihrer Forderung nach einer möglichst strengen Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Vergütung von Bankmanagern durchgesetzt: Einen Großteil ihrer Boni bekommen die Bankmanager künftig nicht wie bisher sofort, sondern erst nach fünf Jahren ausbezahlt. Der Entwurf sorgt auch für mehr Transpa-

renz: Informationen über die Vergütungspolitik müssen allen Marktteilnehmern offengelegt werden. Außerdem werden Sanktionsmöglichkeiten für die Finanzmarktaufsicht (FMA) geschaffen. ♦

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder:
„Wir setzen die EU-Richtlinie möglichst streng um.“

THEMEN DER WOCHE

Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten



Quelle: Profil, Grafik: SPÖ

„Luxusgut“ Wahlrecht

Das Recht, in freier demokratischer Wahl seine Stimme abzugeben, ist keine Selbstverständlichkeit. Laut „Freedom House“, einer gemeinnützigen überparteilichen Organisation mit Sitz in Washington, kommt nicht einmal die Hälfte der Weltbevölkerung in den vollen Genuss politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten. „Freedom House“ ist bekannt für seine jährlichen Berichte über den Grad der demokratischen Freiheiten in jedem Land der Welt. ♦

Spekulation auf Nahrungsmittel bekämpfen

„Die Tatsache, dass derzeit weltweit fast eine Milliarde Menschen hungern ist kein gottgegebenes Schicksal“, erklärte Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklungen, anlässlich des beginnenden Welternährungsgipfels in Rom. Als Ursachen für Hunger nannte sie Nahrungsmittelspekulation und das Aufkaufen riesiger Flächen fruchtbaren Bodens durch reiche Staaten. Bayr fordert daher rechtliche Rahmenbedingungen, die diese Form von Spekulation und Landnahme verhindern. ♦



Knie

EU-Abg. Regner will „betrügerisches Lobbying“ von Firmen, die Profit auf Kosten der Bürger erzielen, aufzeigen.

Award für „schmutziges“ Lobbying

Die SPÖ-EU-Abgeordnete Evelyn Regner präsentierte mit ihrem dänischen Kollegen Dan Jorgensen Kandidaten für das „schlimmste Lobbying 2010“. Ein „schmutziges Lobbying“ von Großunternehmen dürfe die notwendige Finanzmarktregulierung nicht weiter verzögern, betonte Regner. Die EU-Institutionen müssen „stark sein und dem Lobbying-Einfluss widerstehen“. Unter den Bewerbern für das schmutzigste Lobbying finden sich etwa Goldman Sachs im Finanzbereich oder der europäische Unternehmensverband BusinessEurope im Klimabereich. Die „Gewinner“ werden am 3. Dezember gekürt. ♦

Zitat der Woche

„All jenen, die sagen, wir sollen ohne zusätzliches Geld auskommen, muss man sagen: Wir wollen weder die Bildung zu Tode sparen noch die Kaufkraft in diesem Land zerstören. Beides entscheidet maßgeblich über die Zukunft.“

Bundeskanzler Werner Faymann



DeSt



Lösen statt hetzen

Die Wien-Wahl brachte der SPÖ mit 44,5 Prozent und 49 von 100 Mandaten ein gutes Ergebnis. Die ÖVP spielt in den Städten immer weniger eine Rolle. Ein Wermutstropfen waren in Wien aber die starken Zugewinne für die Freiheitlichen. Unser Auftrag ist es nun, den Parolen der Hetzer etwas entgegen zu stellen, Probleme offen anzusprechen und die Integrationsarbeit weiter anzugehen.

Das Ergebnis der Wahlen in Wien ist, nüchtern analysiert, durchaus respektabel. In allen 23 Wiener Gemeindebezirken konnte die SPÖ die relative Mehrheit erobern. In absoluten Zahlen erreichten wir um 1.000 Stimmen weniger als vor fünf Jahren. Eine hohe Zahl an Nichtwählern vergangener Wahlen konnte mobilisiert werden. Besonders erfreulich ist auch das gute Abschneiden der SPÖ bei den jungen Wählern. Ich kenne keine Großstadt, in der wie Sozialdemokratie 49 von 100 Mandaten hält – so ein Vertrauen zu bekommen zeigt, dass die Wiener mit der Arbeit der Wiener SPÖ zufrieden sind. Die ÖVP hingegen verschwindet – erinnern wir uns an die Steiermark – in den Städten völlig. Mit 13 Prozent hat die ÖVP in Wien ihr schlechtestes Ergebnis eingefahren. Die Stadtpartei ÖVP ist in Österreich von der Landkarte verschwunden.

Aber genug der Analyse vergangener Wahlen. Jetzt geht es darum, den Blick nach vorne zu richten und nach den Zugewinnen der FPÖ den Auftrag zur Überzeugungsarbeit anzunehmen. „Wir haben mit unseren Antworten zwar vielfach die Köpfe der Menschen erreicht, aber nicht die Herzen“, resümierte der Wiener Bürgermeister. Es geht um Fragen wie: Ist meine Pension gesichert? Ist mein Job sicher? Haben meine Kinder Aufstiegschancen? Diese Fragen führen in vielen Fällen zu Angst vor Zuwanderung. Es geht aber auch um schlechte Erfahrungen, um tatsächliche Probleme im Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen. Die Sozialdemokratie muss hier klare Worte finden.

Wir haben eine klare Position: Gutes Zusammenleben braucht Regeln, an die man sich halten muss. Daher geht es nicht darum, weitere Programme zu beschließen. Papier ist geduldig – Antworten und Positionen haben wir. Die Menschen erwarten sich von uns praktische Lösungen. Das bedeutet etwa, dass wir geregelte Zuwanderung brauchen, die sich an den realen Bedürfnissen orientiert. Geregelte Zuwande-



Gutes Zusammenleben braucht Regeln, an die man sich halten muss.

rung orientiert sich an den Interessen Österreichs.

Toleranz und wechselseitiger Respekt sind die Basis für ein gutes Zusammenleben. Dieses Zusammenleben kann nur funktionieren, wenn es entsprechende Regeln gibt, die für Alle gelten und von Allen beachtet werden. Das gilt für Gesetze ebenso wie für andere Ordnungen und Regeln. Gutes Zusammenleben braucht genügend Raum und Ressourcen.

Der einfache Grundsatz lautet: Zuwanderte müssen sich nicht in typische Heurigenbesucher verwandeln, aber die ge-

„Auftrag der Wähler an uns lautet, nicht billig zu kopieren, sondern besser zu arbeiten. Diesen Auftrag haben wir verstanden und werden ihn annehmen.“

meinsamen Regeln des Zusammenlebens respektieren. Viel geschieht schon in der Bundeshauptstadt, etwa das verpflichtende Kindergartenjahr oder die Wiedereinstellung von Hausbesorgern. Es wurden auch heruntergekommene Wohnviertel revitalisiert, um Ghattobildung zu vermeiden. Aber es gibt noch – und das ist nicht nur ein Wien-Thema – Probleme, die es zu lösen gilt.

Einfache Antworten gibt es jedenfalls keine. Integration ist eine Querschnittsmaterie. Sie betrifft die Bildungspolitik wie die Wohnpolitik, die Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik. Wir müssen die Länder und Gemeinden bei der Integrationsarbeit vor Ort unterstützen, wir dürfen die Lehrer in den Klassenzimmern nicht alleine lassen. Als SPÖ ist es aber auch unsere Aufgabe, die FPÖ-Blase zu enttarnen – schließlich handelt es sich um Marktschreier, die keine Lösungen haben.

Der Auftrag der Wähler an uns lautet, nicht billig zu kopieren, sondern besser zu arbeiten. Diesen Auftrag haben wir verstanden und werden ihn annehmen. Wenn wir uns das zu Herzen nehmen und in reale Politik umsetzen, dann werden die Hetzer keine Chance haben. ♦

SPÖ bleibt die do

Wien ist rot: In allen Wiener Bezirken hat die SPÖ bei den Gemeinderatswahlen 2010 die relative Mehrheit erreicht. Mit 49 Mandaten bleibt die Sozialdemokratie die dominierende Kraft im Wiener Landtag.



Bürgermeister Michael Häupl hat sein Amt mit deutlichem Abstand souverän verteidigt.

HINTERGRUND

Details der Wien-Wahl 2010

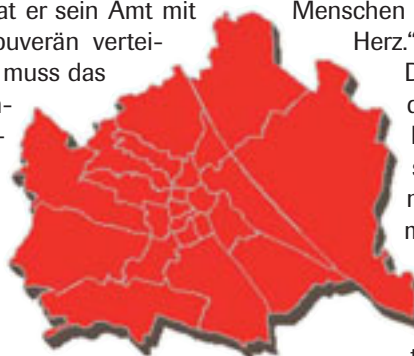
- » **Jungwähler:** Bei den Jungwählern (16–20 Jahre) liegt die SPÖ mit 46 Prozent klar an erster Stelle, gefolgt von den Grünen (21 Prozent).
- » **57 Prozent für die SPÖ:** Das ist das Wahlergebnis aus allen Wiener Gemeindebauten. Personen mit Migrationshintergrund wählten zu 55 Prozent SPÖ, unter weiblichen Wählern erreichte die SPÖ 50 Prozent.
- » **Bezirkswahlen:** Die SPÖ stellt in 18 von 23 Bezirken den Bezirksvorsteher. Die Grünen verlieren laut vorläufigem Endergebnis einen Bezirk an die ÖVP, die damit vier Bezirke hält, nachdem sie Wieden an die SPÖ verloren hat. Die FPÖ konnte das Vertrauen der Wähler in keinem Bezirk mehrheitlich gewinnen.

Das Ziel, die Absolute zu halten, hat Bürgermeister Michael Häupl zwar knapp verfehlt – aber mit fast 45 Prozent der Stimmen hat er sein Amt mit deutlichem Abstand souverän verteidigt. Die ÖVP hingegen muss das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte hinnehmen. Sie ist in der Bundeshauptstadt mit 13,2 Prozent der Stimmen zur Kleinpartei geschrumpft.

Junge wählen Rot

Bundeskanzler Werner Faymann gratulierte Häupl zum „respektablen“ Ergebnis: „Wien ist eine wunderbare Stadt, die der Bürgermeister in den vergangenen Jahren zu der gemacht hat, die sie heute ist.“ Es sei bedauerlich, dass die Mobilisierung der Wäh-

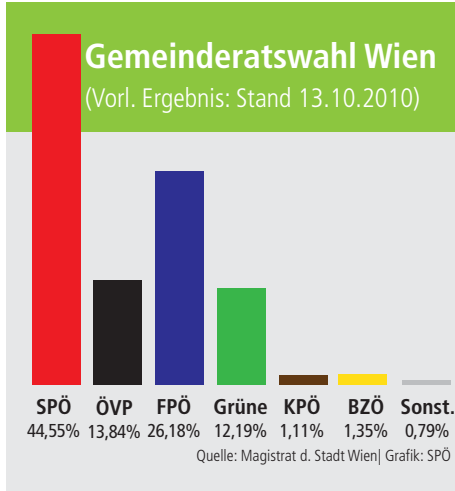
ler nicht vollkommen gelungen sei, sagte Häupl nach der Wahl. „Wir haben mit unseren Antworten vielfach den Kopf der Menschen erreicht, aber nicht das Herz.“



Bei der Gemeinderatswahl hat die SPÖ in allen Bezirken die relative Mehrheit erreicht.

Die Wahl habe gezeigt, dass man in Fragen der Integration und des Zusammenlebens noch mehr dorthin schauen müsse, „wo die Menschen Probleme haben“, war auch das Fazit des Bundeskanzlers. Positiv zu verzeichnen ist in diesem Zusammenhang das Wahlergebnis bei Bürgern mit Migrationshintergrund und in den Gemeindebauten: Hier erreichte die SPÖ deutlich mehr als 50 Prozent der Stimmen. Auch bei weiblichen Wählern und bei den Jungen konnte die SPÖ überdurchschnittlich punkten. „Die

minierende Kraft



Jungen in Wien sind aufseiten des Fortschritts, der Zukunft und der SPÖ“, so Häupl, der optimistisch ist, was die nächsten Wahlen in fünf Jahren angeht. Noch am selben Abend verkündete der Bürgermeister: „Morgen beginnt das Projekt der

„Morgen beginnt das Projekt der Rückeroberung der absoluten Mehrheit der SPÖ!“

Bürgermeister Michael Häupl am Abend nach der Wahl

„Wien ist eine wunderbare Stadt, die der Bürgermeister in den vergangenen Jahren zu der gemacht hat, die sie heute ist.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Rückeroberung der absoluten Mehrheit der SPÖ!“

Keine Chance für Hetzer

In den nächsten Wochen wird nun zunächst ein geeigneter Regierungspartner gesucht, mit dem sich die sozialdemokratischen Inhalte am besten umsetzen lassen. Dass die hetzerische Politik von Strache & Co dabei keine Chance hat, machte Häupl am Wahlabend noch einmal deutlich. „Eine Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ? Tut mir leid, das kann ich nicht.“ Da es mit den sogenannten Freiheitlichen keinerlei inhaltliche Übereinstimmung gibt, wird es nur mit Grün und Schwarz detaillierte Sondierungsgespräche geben. SPÖ-Vorsitzender Faymann bekräftigte: „Ich habe großes Vertrauen in Michael Häupl, dass er dafür sorgen wird, dass sich diese Stadt weiter positiv entwickelt.“ ♦

ZUM THEMA

„Wir nehmen die Sorgen der Wähler sehr ernst“

Integration war das große Thema der Nachwahl-Analyse. Der Tenor der SPÖ-Politiker lautet: Man wird sich der Integration verstärkt widmen.

Integration ist ein ressortübergreifendes Thema, bei dem es vor allem um Inhalte geht. Hier überschneiden sich Bereiche wie Bildung, Arbeit, Wohnbau und Soziales. Die Frage nach der Einrichtung eines eigenen Staatssekretariats für Integration steht dabei nicht im Vordergrund. Zwar entspricht dies einer lange erhobenen Forderung der SPÖ, derzeit ist aber keine neue Ressortaufteilung in der Koalition geplant: „In der Schaffung eines Postens liegt nicht die einzig mögliche Lösung des Problems. Integration ist eine Querschnittsmaterie und wir werden zeigen, dass wir alles, was die Bürger beschäftigt und ihnen wichtig ist, sehr ernst nehmen“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat. Das Thema Integration werde verstärkt in alle Ressorts einfließen und besonders im Wohnbau, in der Bildung und im Sozialbereich alles daran gesetzt werden, um bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, bekräftigte Faymann.

Integration vorantreiben

Um die Integration weiter voranzutreiben, muss auch über Anreize und Verpflichtungen diskutiert werden, so die Meinung vieler SPÖ-Politiker nach der Präsidiumssitzung: „Ich glaube, dass wir bisher zu wenig eingefordert haben, dass die, die bei uns leben wollen, auch gewisse Regeln zu erfüllen zu haben“, sagte Frauenministerin Heitsch-Hosek. Man müsse bei der Frage der Integration auf jeden Fall „die richtigen Antworten im Sinne einer toleranten und humanistischen Gesellschaft geben“, betonte Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Soziale Fragen angehen

Bürgermeister Michael Häupl machte darauf aufmerksam, dass der Erfolg von rechter Politik derzeit ein europaweites Phänomen sei. Um den Rechtsparteien erfolgreich entgegenzuwirken, müsse man in erster Linie soziale Fragen angehen, so Häupl.

Bürgermeister Häupl nach der Wahl:
„Wir haben mit unseren Antworten vielfach den Kopf der Menschen erreicht, aber nicht das Herz.“



SPÖ Wien

FINANZEN

Der Budgetfahrplan steht

Die Verhandlungen zum Budget für 2011 zwischen Vertretern der Bundesregierung und der Länder wurden bereits aufgenommen. Vier Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit den Bereichen Pflege, Bildung, Budget und Stabilitätspakt. Ende Oktober soll es konkrete Ergebnisse geben.

„Neben der Budgetlücke gibt es auch eine Gerechtigkeitslücke zu schließen.“

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder

Die Bundesregierung hat gut daran getan, aktuelle Wirtschaftsdaten für das Budget abzuwarten. Im September revidierten Wirtschaftsforscher ihre Prognosen nach oben. Zwischen 1,8 Prozent und 2,0 Prozent Wachstum werden nun für 2010 und 2011 prognostiziert. Damit liegt Österreich deutlich über dem EU-27-Schnitt. Das eröffnet mehr Spielräume für das Budget und ist den zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung von Kaufkraft und Konjunktur der SPÖ-geführten Regierung zu verdanken. Somit können die Budgetverhandlungen auf einem soliden Fundament geführt werden.

Terminplan und Arbeitsgruppen fixiert

Der Terminplan für die Budgeterstellung steht fest. Bundeskanzler Werner Faymann kündigte für Ende Oktober eine Regierungsklausur an, bei der die kommenden Budgetverhandlungen abgeschlossen werden. Vier Arbeitsgruppen zu den Bereichen Pflege, Bildung, Budget und Stabilitätspakt haben bereits ihre Arbeit aufgenommen. Diese wurden aus Vertretern der Bundesregierung und der Länder zusammenge-



HBf/Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann will jede Maßnahme im Zuge der Budgetkonsolidierung auf ihre soziale Verträglichkeit prüfen.

setzt. Die Arbeitsgruppen werden täglich zusammenkommen und über die Budgeterstellung 2011 hinaus Maßnahmen diskutieren, die für den Budgetpfad bis 2014 von Bedeutung sind. Grundlage für das Detailbudget 2011 bildet das im Frühjahr im Parlament beschlossene Finanzrahmengesetz, das den Budgetpfad bis 2014 festlegt.

Defizit von 4,7 auf 2,3 Prozent senken

Laut Finanzrahmenplan bis 2014 soll das Defizit von 4,7 auf 2,3 Prozent des BIP reduziert werden. Aufgrund der positiven Konjunktorentwicklung wird das Defizit sogar etwas geringer ausfallen. Bund, Länder und Gemeinden sollen im kommenden Jahr rund 2,4 Milliarden Euro einsparen (davon 1,6 Milliarden der Bund und 800 Millionen die Länder und Gemeinden). Die Sparvorgaben für den Bund steigen bis 2014 auf 3,4 Milliarden Euro. Derentsprechende Beitrag der Länder würde dann bei 1,7 Milliarden liegen. Bis 2014 müssen also insgesamt 5,1 Milliarden Euro konsolidiert werden. An einnahmenseitigen Mehreinnahmen sind für kommendes Jahr 1,7 Milliarden Euro vor-

gesehen. Auch dieser Betrag soll jährlich ansteigen und 2014 rund 4,1 Milliarden Euro bringen.

Bildung und Kaufkraft stärken

„Wir setzen bereits an guten Vorarbeiten an und die Einnahmen sind besser als erwartet“, stellte Bundeskanzler Werner Faymann klar. Dennoch müssten die Krisenkosten bezahlt werden. Zuerst werde man die Einsparungspotentiale und einnahmenseitigen Spielräume nutzen. Unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Verteilung brauche der Staat aber zusätzliche Einnahmen, denn „es soll weder die Bildung totgespart noch die Kaufkraft zerstört werden“, so Faymann. Bereits vor Monaten hatte der Bundeskanzler die Vorschläge der Sozialdemokratie für mehr Gerechtigkeit, vor allem auf der Einnahmenseite, präsentiert und damit eine breite Debatte über die Budgetkonsolidierung angeregt. Von der Bankenabgabe über vermögensbezogene Maßnahmen bis hin zu dringend notwendigen Reformen bei der Gruppensowie der Stiftungsbesteuerung reichen die Vorschläge der SPÖ. ♦

Budgetfahrplan



Quelle: APA | Grafik: SPÖ

LEHRE

Karriere nach Maß

Ausbildungsgarantie, „Aktion Zukunft Jugend“, Lehre mit Matura und verstärkte Information über die Vielfalt an Lehrberufen. Für die SPÖ-geführte Bundesregierung steht fest: Es ist die Aufgabe der Politik, jungen Menschen Ausbildungsmöglichkeiten und Perspektiven zu bieten.



Für Sozialminister Rudolf Hundstorfer steht fest: „Mit maßgeschneiderten Angeboten wie beispielsweise der ‚Aktion Zukunft Jugend‘ und der Ausbildungsgarantie für 15- bis 18-Jährige hat die SPÖ-geführte Bundesregierung die Chancen für junge Menschen am Arbeitsmarkt deutlich verbessert.“

Dass Österreich über die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa verfügt, zeigt, dass die Bundesregierung rasch und richtig auf die Krise reagiert hat. Jugendliche, die trotz dem Anstieg an freien Lehrstellen (+ 16,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb finden, können im Rahmen der Ausbildungsgarantie ihre gesamte Lehre in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte absolvieren und dort aus über 100 verschiedenen Lehrberufen wählen. Auch für SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits steht fest: „Die Jugend ist die Zukunft unseres Landes und es ist die Aufgabe der Politik, jungen Menschen eine Ausbildung, einen Arbeitsplatz und damit eine finanziell abgesicherte Zukunft zu ermöglichen.“

Österreichweit werden fast 270 verschiedene Lehrberufe angeboten, trotzdem erlernen über 70 Prozent der Mädchen und fast 45 Prozent der Burschen einen von zehn „typischen“ Frauen- oder Männerberufen.

Jugendliche über die Vielfalt der Lehrberufe informieren

Die österreichische Bundesregierung setzt zahlreiche Maßnahmen, um Jugendliche über die Vielfalt an Lehrberufen zu informieren und geschlechtsspezifische Klischees bei der Berufswahl zu durchbrechen. „Finde deinen eigenen Weg“ – eine gemeinsame Kampagne von Frauenmini-

„Männerberufe sind einfach besser bezahlt als typische Frauenberufe. Daher zahlt es sich aus, bei der Wahl des Berufs auch darauf zu achten, wie viel man verdienen kann und welche Karriereperspektiven es gibt.“

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

sterin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer, informiert Mädchen zwischen 14 und 19 Jahren über die vielen verschiedenen Berufsmöglichkeiten. Auch im Rahmen des „Girls' Day“ und des „Boys' Day“ informieren die Ministerien über Berufsmöglichkeiten abseits der geschlechtsspezifischen Rollenklischees. Da es wichtig ist, dass die Jugendlichen möglichst früh über ihre vielfältigen Möglichkeiten Bescheid wissen, werden künftig alle Schülerinnen und Schüler der 7. und 8. Schulstufe ein Berufsinformationszentrum (BIZ) besuchen.

Kein Bildungsweg darf in einer Sackgasse enden

Die von Bildungsministerin Schmied bundesweit umgesetzte „Lehre mit Matura“ eröffnet völlige neue Möglichkeiten für Österreichs Jugend und wird jährlich von tausenden jungen Menschen in Anspruch genommen. „Wir wollen ein Bildungssystem, das niemanden zurücklässt, kein Bildungsweg darf in einer Sackgasse enden“, begrüßt auch SPÖ-Bildungssprecher Mayer diesen bildungspolitischen Meilenstein. ♦

Die häufigsten Lehrberufe

Mädchen

70,3 % wählen aus 10 Berufen

Einzelhandel	24,0 %
Bürokauffrau	12,5 %
Friseurin	12,0 %
Restaurant	5,0 %
Köchin	4,1 %
Gastronomie	3,7 %
Hotel, Gastgewerbe	2,9 %
Pharma-Assistenz*	2,3 %
Verwaltung	2,0 %
Blumenbinderin	1,8 %

Burschen

43,9 % wählen aus 10 Berufen

KFZ-Techniker	7,5 %
Elektroinstallateur	5,6 %
Maschinenbau	5,3 %
Einzelhandel	5,1 %
Koch	4,3 %
Tischler	4,1 %
Maurer	3,6 %
Metalltechniker	3,4 %
Installateur	2,7 %
Maler	2,3 %

* pharmazeutisch-kaufmännische Aissistenz

Aktuell

Quelle: APA | Grafik: SPÖ

WAHLRECHT

Stopp dem Wahlbetrug

Wahlfälschung im Burgenland und ein Inserat, das nach dem Wahlsonntag in Wien zum ÖVP-Wählen mit Wahlkarte aufruft, verdeutlichen akuten Handlungsbedarf in Sachen Briefwahl.

Es wird die Briefwahl in dieser Form nicht mehr geben“, erklärte der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl mit Entschiedenheit. Anlass dafür war ein Wahlbetrug erster Güte. Der ÖVP-Kandidat und Bürgermeister der mittelburgenländischen Gemeinde Unterrabnitz-Schwendgraben, Wilhelm Heissenberger, hatte gestanden, bei der Landtagswahl Wahlkarten manipuliert zu haben. Der Wahlrechtsskandal dürfte die ÖVP in Wien nicht sonderlich beeindruckt haben. Warb doch VP-Spitzenkandidatin Christine Marek mit einem Inserat am Montag nach der Wiener Landtagswahl um spätentschlossene Wahlkartenwähler. Der geschaltete Text, über den später vonseiten der ÖVP als „Fehler bei den Druckunterlagen“ gesprochen wurde: „wien hat gewählt. aber wahlkarten können sie auch heute noch abschicken. ihre christine marek“.



Dem Missbrauch und der Manipulation sollen beim Wählen mit Wahlkarte künftig ein Riegel vorgeschoben werden.

„Missbrauch und Manipulation müssen abgestellt werden“, fordert SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter daher eine „kleine Wahlrechtsreform“. Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Pröll zeig-

ten sich beim Pressefoyer nach dem Ministerrat einig, dass eine Reform notwendig ist und verwiesen auf die Arbeit der Parlamentsklubs. Die SPÖ will noch vor Jahresende eine Einigung erzielen. ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter will eine „kleine Wahlrechtsreform“.

ARBEITSRECHT

Mehr Mitbestimmung für Arbeitnehmer

Die von Sozialminister Rudolf Hundstorfer in den Ministerrat eingebrachte Novelle bringt u.a. mehr Rechte für Arbeitnehmer und Verbesserungen für Betriebsräte.

Das Ziel der Novelle zum Arbeitsverfassungsgesetz ist die Modernisierung der Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Betrieben. „Mit dieser Novelle soll das Regierungsprogramm hinsichtlich der Stärkung des innerbetrieblichen Dialoges zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern umgesetzt werden. Sie bringt spürbare Verbesserungen für Betriebsräte, speziell für den Jugendvertrau-

ensrat, der eine wichtige Vermittlerrolle zwischen den Anliegen der Lehrlinge und der Betriebsleitung einnimmt“, betonte Hundstorfer. Mit der Verbesserung der Chancen bei Arbeitsgerichtsprozessen durch die Verlängerung der Anfechtungsfrist von einer auf zwei Wochen wird eine jahrzehntealte Forderung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich endlich umgesetzt. ♦



Mit der Novelle sollen insbesondere jugendlichen Arbeitnehmer mehr Mitsprache und Mitbestimmung im Betriebsalltag erhalten.

JUSTIZ

Wer „singt“, geht frei

Künftig soll es strafrechtliche Erleichterungen für Kronzeugen geben. Darauf, sowie auf eine Personalaufstockung bei der Staatsanwaltschaft für die Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption, hat sich die Regierung geeinigt.



Künftig werden circa 40 Staatsanwälte für Wirtschafts-Großverfahren zuständig sein.

Ein Kompetenzpaket soll dazu beitragen, dass die Arbeit der Staatsanwaltschaft entscheidend erleichtert wird. So wird der Personalstand zur Bekämpfung der Korruption auf 37-40 Staatsanwälte aufgestockt. Bisher gab es lediglich sieben Staatsanwälte in der

Begleitend Korruptions-Staatsanwaltschaft. Künftig soll diese Behörde als österreichweit zentrale Stelle fungieren – eine Erleichterung bei komplexen Großverfahren im Bereich der Wirtschaftskriminalität. Und ein Erfolg der SPÖ, denn der Koalitionspartner wollte zuerst eine Zersplitterung in vier Kompetenzzentren. „Die Bündelung der Kompetenzen ist eine langjährige SPÖ-Forderung, mit der das staatsanwaltliche Engagement gegen Wirtschaftskriminalität und Korruption vom Kopf auf die Füße gestellt wurde“, so SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. Herzstück des Pakets ist aber die Kronzeugenregelung – ebenfalls eine wesentliche SPÖ-Forderung. Die Kronzeugenregelung soll ab 2011 für Beteiligte an Korruptions- und Wirtschaftsdelikten sowie an Straftaten, für die mehr als fünf Jahre Haft drohen, gelten. Wenn sie mit den Behörden kooperieren und zur Aufklärung beitragen, soll ihnen eine Haftstrafe erlassen werden.

„Durch die Kronzeugenregelung und die Personal-Aufstockung hat die Regierung einen wichtigen Beitrag für bessere Rahmenbedingungen für die Korruptions-Staatsanwaltschaft gesetzt und gezeigt, dass wir diese wichtige Arbeit voll unterstützen“, betont Bundeskanzler Werner Faymann. ♦



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim: SPÖ konnte Zerteilung der Kompetenzen auf vier Behörden verhindern.

EUROPA I

Pressefreiheit EU-weit sicherstellen

SPÖ-EU-Abgeordneter Jörg Leichtfried setzt sich für eine europaweit einheitliche Regelung der Pressefreiheit ein.

Die Münchner Staatsanwaltschaft hat gegen fünf österreichische Journalisten ein Verfahren laufen, die in österreichischen Medien und nach österreichischem Recht legal aus Gerichtsakten zitiert haben. „Das zeigt einmal mehr, dass die Diskussion einer europaweiten Regelung der diesbezüglichen

Bestimmungen höchst an der Zeit ist, um eine derartig massive Einschränkung der Pressefreiheit künftig verhindern zu können“, so SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried, der diesbezüglich eine „dringende schriftliche Anfrage“ an EU-Kommission und EU-Rat gestellt hat. ♦



SPÖ-EU-Abg. Leichtfried fragt die Kommission, wie sie die Pressefreiheit in der EU gewährleisten will.

EUROPA II

Erdgasversorgung für Europa gesichert

Das Europaparlament hat eine Verordnung für eine bessere Gasversorgung in der EU beschlossen.

Die Erfahrungen während der russischen Gasversorgungskrise in den letzten beiden Jahren veranlassten das EU-Parlament, eine neue Verordnung für eine bessere EU-weite Koordinierung der Gasversorgung zu beschließen. Der SPÖ-EU-Abgeordnete Hannes Swoboda erklärt: „Diese Entscheidung

sorgt nun dafür, dass Haushalte in Gasversorgungskrisen nicht ohne Gas bleiben.“ EU-Länder müssen künftig die Gasversorgung auch dann aufrechterhalten, wenn die größte Pipeline oder Produktionsanlage ausfällt. Ein weiteres Ziel war es, günstige Konditionen für Europas Bürger zu erreichen. ♦



Mit der neuen Verordnung können Energiekrisen besser gehandhabt werden.

TIERSCHUTZ

EU will Verbot von Tierversuchen für Kosmetika verschieben

SPÖ-EU-Abgeordneter Jörg Leichtfried und SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck kritisieren das Vorgehen der EU-Kommission und fordern strengere Richtlinien zum Schutz von Labortieren.

Die vor wenigen Wochen von der EU verabschiedete Richtlinie zum Schutz von Labortieren geht nicht weit genug“, kritisieren SPÖ-EU-Abgeordneter Jörg Leichtfried und SPÖ-Tierschutzsprecher Dietmar Keck das Vorgehen der Kommission. „Trotz der ständigen Weiterentwicklung von alternativen Testmethoden, ist die Zahl der im Namen der Wissenschaft gequälten Tiere im Vergleich zu 2005 um nur ein Prozent gesunken“, so Keck. Und auch für Leichtfried steht fest: „Die Kommission in Brüssel muss hier dringend handeln.“ Die beiden SPÖ-Abgeordneten kritisieren weiters, dass die EU angekündigt hat, das für den 11. März 2013 vorgesehene endgültige Verkaufsverbot von an Tieren getesteten Kosmetika auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die vom



Fotolia

Die Zahlen der EU-Labortierstatistik, wonach im Jahr 2008 europaweit 12 Millionen Tiere für wissenschaftliche Zwecke verwendet wurden, sind alarmierend.

Tierschutz jahrelang erkämpfte EU-Kosmetikrichtlinie verbietet seit 2004 Tierversuche

für Kosmetika und seit 2009 auch den EU-weiten Verkauf von Kosmetikprodukten und von für die Kosmetikindustrie verwendete Rohstoffe, die an Tieren getestet wurden.

Leichtfried: Mit aller Kraft gegen Aufweichung der Kosmetik-Richtlinie kämpfen

Aktuell gibt es aber noch drei Ausnahmen von dieser Regelung: Ein Verbot dieser an Tieren durchgeführten Tests ist laut EU-Kosmetikrichtlinie für den 11. März 2013 vorgesehen. Für Jörg Leichtfried steht fest: „Es darf zu keiner weiteren Verzögerung, zu keinem weiteren Aufschieben kommen. Ich werde mit aller Kraft gegen die Aufweichung der Kosmetik-Richtlinie ankämpfen.“ ♦

FEUERWEHR

Einsatzbereitschaft gesichert

Sicherheit der Bevölkerung durch den neuen Führerschein auch weiterhin gewährleistet.

Feuermänner und -frauen können ab sofort auch mit dem B-Führerschein Fahrzeuge mit einem Gewicht von bis zu 5,5 Tonnen lenken. „Damit ist einerseits die Verkehrssicherheit gewährleistet, andererseits wird es dadurch auch weiterhin genügend Lenker für die freiwilligen Feuerwehren und die Rettungen geben“, lobt Verkehrsministerin Doris Bures die soeben beschlossene Novelle zum Führerschein-gesetz. Diese wurde notwendig, um eine flächendeckende Versorgung zu garantieren. Der Grund: Moderne Einsatzfahrzeuge werden immer schwerer und Mitarbeiter mit C-Führerschein sind rar gesät. ♦



Bilderbox

Feuerwehr und Rettung sind auch in Zukunft rasch zur Stelle.

GESUNDHEIT

Österreichs Eier kontrolliert gentechnikfrei

Heimische Legehennen erhalten nun gentechnikfreie Futtermittel, damit übernimmt Österreich eine Vorreiterrolle in Europa.

Die Konsumenten wünschen sich qualitativ hochwertige gentechnikfrei erzeugte Frischeier von 'glücklichen Hennen'. Das haben wir erreicht“, so SPÖ-Landwirtschaftssprecher Kurt Gaßner. Strenge Vorgaben und regelmäßige Kontrollen durch unabhängige Stellen garantieren die Qualität und geben dem Konsumenten zusätzliche Sicherheit am Frühstückstisch. „Österreichs Bauern hätten es sich nun verdient, für diese besondere Leistung mit einem Gütezeichen



Fotolia

„gentechnikfrei“ belohnt zu werden“, unterstrich der SPÖ-Landwirtschaftssprecher. ♦

Seit Oktober sind die im österreichischen Lebensmittelhandel erhältlichen Eier kontrolliert gentechnikfrei.

Kulturkritik

„Smile or Die“

Man muß nur fest an sich glauben und stets positiv denken, dann gelingt einem alles. Barbara Ehrenreich zerlegt voller Genuss diese Glücksformel der Gegenwart aufs Deftigste.

„Sei positiv! Optimisten leben länger! Der Erfolg ist in dir!“ Seit Jahrzehnten künden Ratgeber und Motivationstrainer von der grenzenlosen Macht positiven Denkens. Glück, Gesundheit, Reichtum und beruflicher Erfolg – so die Botschaft – sind für jeden jederzeit erreichbar. Selbst schuld, wer die Ursachen seiner Probleme in der Realität vermutet. Arbeitslose erfahren, einzig der Ton ihrer Bewerbung entscheidet über deren Erfolg. Selbst

Krebskranke werden heute gewarnt, eine negative Haltung könne die Heilung gefährden. Mit kritischer Intelligenz und beißendem Spott nimmt die Autorin eine blühende Bewusstseinsindustrie unter die Lupe, die mit „positivem Denken“ Milliarden verdient. Eine erfrischend aggressive Attacke auf die „Be happy“-Industrie, zugleich ein überfälliges Plädoyer für die Rückkehr zu Realismus und gesundem Menschenverstand. ♦

Zeitgeschichte

Menschenzeit

Ein kritisches Buch, das ein großes Bild der Menschheitsentwicklung zeichnet. Der Autor mahnt und ruft seine Leser zum Handeln auf.

Der Wissenschaftsjournalist Christian Schwägerl beschreibt, warum wir schon längst im „Anthropozän“, der Menschenzeit leben – einer Epoche, in der der Mensch dabei ist, seinen Planeten in atemberaubender Geschwindigkeit zu verändern. Die Technologien der Neuzeit haben eine explosionsartige Produktionssteigerung ermöglicht, begleitet von einem dramatischen Bevölkerungswachstum. Der Autor beschreibt aus seiner Sicht, wie ein rapider

Klimawandel, Artensterben und ein zunehmend fragiles Ökosystem die Welt bedroht. Wie der ungebremste Aufstieg einer Spezies die Erde unwiederbringlich verändert hat. „Der Weg kann nicht zurückführen in eine idealisierte Vergangenheit, sondern nur vorwärts in eine Welt, in der die Wissenschaft der Nachhaltigkeit dient und Selbstbeschränkung die Tugend eines gemeinschaftsfähigen Zukunftsmenschen ist.“ Ein ernsthaft kritisches Buch. ♦

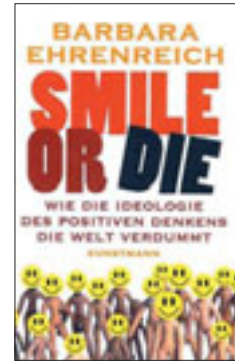
Wirtschaft

Martwirtschaft im 21. Jahrhundert

Heiner Flassbeck beschreibt die aktuelle wirtschaftliche Lage der Welt und eröffnet Auswege hin zu dem, wie er schreibt, nächsten möglichen Wirtschaftswunder.

Heiner Flassbeck, ehemaliger sozialdemokratischer Finanzstaatssekretär in Deutschland, aktuell Direktor bei der UNO in Genf, zuständig für Globalisierung und Entwicklung, übt in seinem aktuellen Buch heftige Kritik an den Industrieländern dieser Welt. Sie scheiterten an immer mehr der zahlreichen Herausforderungen, die sich ihr stellen. Der Großteil der Nationen wisse oft nicht mehr, wie man die freie Entwicklung der Menschen

zulässt, den Fortschritt aber ökologisch und sozial so sichert, dass nachhaltiges Wirtschaften möglich ist. Der Autor findet Erklärungen für das Versagen von Ökonomen, Politikern und Medien, und beschreibt, wie ein neues Wirtschaftswunder möglich sein kann, wenn man die vier großen Bereiche der Finanzen, des Handels und der sozialen und ökologischen Absicherung anders als jetzt miteinander verknüpft. ♦

☐ Stk.


Barbara Ehrenreich:

Smile or Die – Wie die Ideologie des positiven Denkens die Welt verdummt.

Verlag Antja Kunstmann, München 2010; 253 S., 20,50 €

☐ Stk.


Christian Schwägerl:

Menschenzeit. Zerstören oder gestalten?

Riemann Verlag, München 2010; 320 S., 20,60 €

☐ Stk.


Heiner Flassbeck:

Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts

Westend Verlag, Frankfurt/Main 2010; 241 S., 23,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

Gerechtigkeit statt neuer Massensteuern



Die SPÖ Burgenland hat eine Kampagne für mehr Gerechtigkeit bei der Budgetsanierung gestartet. Geplant sind Aktionstage, Info-Veranstaltungen und eine Unterschriftenaktion.



SPÖ Bgld

Landeshauptmann Hans Niessl und SPÖ-Landesgeschäftsführer Robert Hergovich präsentieren die neue Kampagne „Gerechtigkeit statt neuer Massensteuern“

Um ihren Forderungen nach mehr Gerechtigkeit bei der Budgetkonsolidierung

Ausdruck zu verleihen, hat die SPÖ Burgenland die Kampagne „Gerechtigkeit statt neuer Massensteuern“ gestartet. Es sollen nicht schon wieder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden. Denn: Während die Arbeitnehmer bereits 75 Prozent der gesamten Steuer- und Abgabenlast tragen, sind die vermögensbezogenen Steuern in Österreich mit 1,4 Prozent sehr gering. Im EU-Durchschnitt sind es 5,4 Prozent. Eine Anpassung an den EU-Durchschnitt würde dem Staat jährlich bereits vier Milliarden Euro bringen – ohne weitere Belastungen der Arbeitnehmer. Jetzt sollen endlich Banken, Spekulanten und Superreiche ihren gerechten Beitrag leisten.

Jede Unterschrift zählt

Im Rahmen der neuen SPÖ-Kampagne finden deshalb Info-Abende und Aktionstage in allen Bezirken statt. Bei den Info-Abenden mit Vortrag eines AK-Ex-

DIE FAKTEN

Die SPÖ-Forderungen zur sozial gerechten Budgetsanierung:

- » Bankenabgabe
- » Finanztransaktionssteuer
- » Steuervorteile für Manager abschaffen
- » Gerechte Besteuerung von Stiftungen
- » Reform der Gruppenbesteuerung
- » Vermögenszuwachssteuer
- » Verhinderung und Bekämpfung von Steuerhinterziehung

perten werden rund 2.100 Teilnehmer erwartet. Dazu sammelt die SPÖ Unterstützungsunterschriften, die anschließend der Bundesregierung übergeben werden. ♦

KINDERFREUNDE

Buchaktion 2010



Die Kinderfreunde

Fotolia



Kinder, die gut lesen, lernen leichter und verstehen mehr. Die Kinderfreunde bieten Anreize zum Lesen.

Kinder und Jugendliche sollen sich entsprechend ihren Begabungen und Talenten entwickeln können. Die bewährte Buchaktion, die die Kinderfreunde gemeinsam mit dem Verlag Jungbrunnen durchführen, bietet Buchpakete für drei unterschiedliche Altersstufen, sodass die Bestellung einfach auf die jeweilige Zielgruppe abgestimmt werden kann. Kindergärten oder Schulbüchereien freuen sich über neuen Lese- stoff – um rege Beteiligung wird daher gebeten. Infos zu den Bü-

Gut lesen zu können, ist ganz wesentlich für die Zukunft der Kinder – es fördert die Entwicklung sozialer Kompetenzen.

chern und deren Bestellung sind unter www.kinderfreunde.at oder unter der Telefonnummer 01/5121299 zu finden. ♦

OBERÖSTERREICH

Gemeinsamer Anti-Atom-Protest



Die SPÖ Oberösterreich und die Junge Generation in der SPÖ (JG) unterstützen den Protest der SPD Bayern gegen die Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Isar I.

„Es ist kein Zeichen gutnachbarschaftlicher Beziehungen, wenn ohne Einbindung des Nachbarstaates Österreich und damit der Sicherheitsinteressen der Menschen in unserem Land, sicherheitsgefährdende Atomkraftwerke einfach weiterbetrieben werden“, stellt SPÖ-Landesgeschäftsführer Christian Horner dazu fest. Sowohl im Fall Temelin als auch im Fall des deutschen Atommeilers Isar I richtet sich der Protest daher gegen die Entscheidung der jeweiligen Bundesregierung in Deutschland und Tschechien sowie der Atomstromkonzerne. Die Forderungen Horners und der JG-Aktivisten gehen jedoch weiter: Sie wollen ein generelles Ende der Atomenergie. „Das Risiko ist einfach zu hoch“, so Horner. ♦



Ein generelles Aus für die Atomenergie fordern SPÖ-LGF Christian Horner und der JG-ÖÖ.

NIEDERÖSTERREICH

Verkehrsschilderwald durchforsten



Eine neue Initiative unter SPÖ-Federführung macht sich für eine Steigerung der Verkehrssicherheit durch die Reduzierung von Verkehrszeichen in niederösterreichischen Gemeinden stark.

Schätzungen zufolge gibt es in Österreich rund zwei Millionen Verkehrsschilder. Kein Wunder, dass sich laut Umfragen mehr als die Hälfte der heimischen Autofahrer von diesem Schilderdschungel überfordert fühlen. Die Plattform „nö. Mobil“ mit SPÖ-Landtagsabgeordneten Gerhard Razborcan, dem ARBÖ Niederösterreich und dem sozialdemokratischen Gemeindevertreterverband (GVV) an der Spitze, hat daher die Initiative „Wir durchforsten den Schilderwald in unseren Gemeinden“ ins Leben gerufen.

„Gesucht werden Gemeinden, die selbstständig all jene Verkehrszeichen auflisten, die falsch oder doppelt aufgestellt wurden, nicht mehr aktuell sind oder sich sogar widersprechen“, erläutert „nö. Mobil“-Obmann Gerhard Razborcan das Ziel der Initiative.

Mehr Verkehrssicherheit

Dabei geht es auch um mehr Sicherheit auf Niederösterreichs Straßen. „Zu viele Zeichen gefährden die Verkehrssicherheit, weil sie die menschliche Wahrnehmungsfähigkeit überfordern“, betont ARBÖ-NÖ Landesgeschäftsführer Franz Pfeiffer und fordert: „Es sollten nur Informationen angeboten werden, die wirklich wichtig sind. Auch die Bevölkerung kann sich an der Initiative beteiligen.“ Der Präsident des GVVNÖ Rupert



ARBÖ-LGF Franz Pfeiffer, „nö. mobil“-Obmann Gerhard Razborcan und GVVNÖ-Präsident, LAbg. Rupert Dworak sagen dem Schilderwald in Niederösterreichs Gemeinden den Kampf an.

Dworak ergänzt: „Wir wollen mit unserer Initiative alle mündigen Bürger erreichen und sie bitten, mitzuhelfen und uns auf Problemfälle aufmerksam zu machen.“ Alle Informationen dazu unter www.noe-mobil.at.

TIROL

Die Zukunft der Daseinsvorsorge



Zum Auftakt der „Österreich 2020-Zukunftsdiskurse“ besuchte Sozialminister Rudolf Hundstorfer die Landesgeschäftsstelle des AMS Tirol.

Dort referierte er über die Rahmenbedingungen und die Zukunft der Daseinsvorsorge. Einen wesentlichen Risikofaktor in Bezug auf die Arbeitslosigkeit stellt dabei nach wie vor der Ausbildungsgrad dar. Sozialminister Hundstorfer plädierte für eine deutliche Aufwertung der Lehrberufe: „Der gesellschaftliche und ökonomische Wert einer Lehrlingsausbildung muss wieder anerkannt werden, um auf Strukturänderungen innerhalb des Arbeitsmarktes entsprechend reagieren zu können.“ Der nächste „Österreich 2020-Zukunftsdiskurs“ findet am 22. 10. in Linz statt.



SPÖ Tirol

Sozialminister Rudolf Hundstorfer gemeinsam mit AMS Tirol-Landesgeschäftsführer Anton Kern und dessen Stellvertreterin Karin Klockner

NATURFREUNDE

Sicher durch die Berge mit dem mobilen Tourenführer



Das Tourenportal der Naturfreunde ist die größte Outdoor-Plattform Österreichs und hilft jetzt auch als Anwendung für das iPhone, den richtigen Weg zu finden.

Derzeit stehen unter www.tourenportal.at rund 3.200 Wander-, Mountainbike-, Ski- und Nordic Walking-Touren zur Verfügung – alle getestet und erfasst von Naturfreunde-Alpininstruktoren. Ab sofort gibt es diese Touren auch als Applikation für iPhones. Dieser mobile Tourenführer liefert GPS-Kartenanwendungen, Anzeige des Tourenverlaufes und eine detaillierte Wegbeschreibung mit Schwierigkeit, Länge, Dauer und Höhenmeter. Auch das leibliche Wohl wurde nicht vergessen: Alle Naturfreunde-Hütten und -häuser scheinen mit Adresse und Kontaktdaten auf. Detaillierte Wanderkarten helfen zusätzlich, den richtigen Weg zu finden. Die Naturfreunde arbeiten laufend an einer Erweiterung der erfassten Touren.



Mit den Naturfreunden jetzt noch einfacher zu den schönsten Zielen und Berggipfeln in Österreich und Bayern.



Spöla

Fit für die Arbeitswelt der Zukunft

Die Arbeitswelt ist ständigen Veränderungen unterworfen. Um für diese Herausforderungen nicht nur gerüstet zu sein, sondern sie auch für Verbesserungen nutzen zu können, ist es notwendig, den Begriff „Arbeit“ rechtlich, aber auch gesellschaftlich an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Zimmer



Um Österreichs Jugend auch in Zukunft genügend Ausbildungsplätze bieten zu können, sind Politik und Wirtschaft gefordert.

Die letzten beiden Jahre standen ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Auswirkungen der größten Wirtschaftskrise seit über 70 Jahren. Die SPÖ-geführte Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann hat rasch auf die Krise reagiert und die richtigen Maßnahmen gesetzt. Dank zweier Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete sowie dem unermüdlichen Einsatz von Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer ist es gelungen, dass die Auswirkungen der Krise in Österreich geringer blieben als in anderen Ländern Europas. Die aktuellen EUROSTAT-Daten beweisen das eindrucksvoll: Österreich verfügt über die niedrigste Gesamt- und Jugendarbeitslosigkeit Europas. Für uns als Sozialdemokraten steht aber fest, dass wir uns nicht auf dieser erfreulichen Zwischenbilanz ausruhen dürfen: Wir werden auch weiterhin mit voller Kraft für jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen. Uns allen ist jedoch bewusst, dass viele Jobs – vor allem in der Produktion – die in der Krise verloren gingen, in dieser Form nicht mehr geschaffen werden können. Daher ist es notwendig, in anderen Bereichen Beschäftigung zu schaffen. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung werden im Bereich der Pfl-

ge in Zukunft viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Aber es lohnt sich auch, mehr in Forschung und Wissenschaft zu investieren, um den Wirtschafts- und Forschungsstandort Österreich zu stärken und „Zukunftsjobs“ zu schaffen. Eine weitere Herausforderung, der wir uns stellen müssen, ist die Proble-

„Unser Auftrag und Ziel ist klar: Die Menschen brauchen ein Einkommen zum Auskommen und müssen arbeitsrechtlich und sozial abgesichert sein.“

matik der prekären Dienstverhältnisse. In den vergangenen Jahren kam es zu einer Zunahme von Werksverträgen, Scheinselbstständigen und geringfügig Beschäftigten, Dienstverhältnisse die meist darauf abzielen, mühsam durch die Gewerkschaften erkämpfte Rechte für Arbeitnehmer zu untergraben. Die Sozialdemokratie konnte bereits erreichen, dass freie Dienstnehmer zumindest arbeitslosen- und unfallversichert sind. Doch noch immer gibt es Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer geringen Stundenverpflichtung finanziell kaum über die Runden kom-

men. Unser Auftrag und Ziel ist daher klar: Die Menschen brauchen ein Einkommen zum Auskommen und müssen arbeitsrechtlich und sozial abgesichert sein. Gerade Frauen sind besonders häufig in der „Teilzeitfalle“ gefangen. Teilzeit kann in gewissen Lebenssituationen durchaus von Vorteil sein, darf aber nicht zur üblichen Arbeitszeitform für Frauen werden. Wir brauchen daher mehr ganztägige und flächendeckende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, damit Frauen Familie und Karriere leichter vereinbaren können. Weiters ist es höchste Zeit, die Einkommensschere zu schließen. Frauen sind immer besser qualifiziert, stoßen aber noch immer an die sogenannte gläserne Decke oder werden geringer entlohnt als ihre männlichen Kollegen. Die von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek erreichte Offenlegung von Gehältern ist ein wichtiger Schritt, um diese Ungerechtigkeit endlich zu beenden. Die Politik ist auch gefordert, wenn es darum geht, geschlechtsspezifische Rollen im Arbeitsmarkt zu durchbrechen. Wir müssen mehr Mädchen und Frauen für Berufe in Forschung und Technik begeistern. Denn die Forschung braucht das Potential der Frauen. Um Österreichs Wirtschaft auch in Zukunft stark und wettbewerbsfähig zu halten, müssen wir unserer Jugend die bestmöglichen Ausbildungschancen bieten. Die österreichische Bundesregierung hat mit der Ausbildungsgarantie dafür gesorgt, dass Jugendliche, die keinen Lehrplatz in einem Betrieb finden, ihre gesamte Lehre in einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte absolvieren können. Aber auch die Unternehmen müssen ihren Teil dazu beitragen und wieder verstärkt Lehrlinge aufnehmen. Denn es ist die Aufgabe von Politik UND Wirtschaft Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten und Perspektiven zu bieten. ♦

Renate Csörgits ist seit 2001 SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bereichssprecherin für Soziales.

LESERBRIEFE

Das Ergebnis der Wien-Wahl sowie Genmanipulation bei Lebensmitteln beschäftigten unsere Leserinnen und Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen finden sich hier – teilweise gekürzt – wieder.



Fotolia

kann, ob man der Gentechnik ausweichen konnte. Was ich mir von einem staatlichen Gütezeichen „gentechnikfrei“ erhoffe, ist Folgendes: es muss unabhängige Kontrollen geben, es soll einheitlich für ganz Österreich sein, es soll zu 100 Prozent (also auch bei der Fütterung der Tiere) auf Gentechnik verzichtet werden und es soll auf der Produktverpackung leicht und rasch erkennbar sein. Ein Gütezeichen, das diese Punkte berücksichtigt, wäre eine sinnvolle Neuerung und eine große Hilfe für alle, die sich bewusst gegen gentechnikfreie Lebensmittel entschieden haben. Daher wünsche ich Alois Stöger viel Erfolg bei der Umsetzung des Gütezeichens „gentechnikfrei“.

Erika Sieberlechner
Wiener Neustadt

Wien-Wahl:

Ich möchte Bürgermeister Michael Häupl und seinem Team zum Wahlerfolg gratulieren. Auch wenn die Absolute nicht gehalten werden konnte – über 44 Prozent ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Auf die kommenden Koalitionsverhandlungen bin ich ehrlich gespannt. Beide Varianten – ob Rot-Schwarz oder Rot-Grün – haben einen gewissen Reiz. Für eine Koalition mit der ÖVP spricht, dass man die Zusammenarbeit kennt, in der Bundespolitik funktioniert sie gut. Eine Zusammenarbeit mit den Grünen wäre ein Novum und daher spannend. Auf jeden Fall möchte ich Bürgermeister Häupls klare Absage an eine Koalition mit den Hetzern von der FPÖ unterstützen! Das ist für mich eine Grundsatz-

frage, in der es keine andere gangbare Lösung gibt.

Georg Singler
via Mail

Werte Genossinnen und Genossen

Der Wahlsieg von Michi Häupl freut mich persönlich besonders. Damit ist gewährleistet, dass in Wien auch in den nächsten fünf Jahren Politik mit sozialdemokratischer Handschrift umgesetzt wird. Dass es keine Koalition mit den Blauen geben wird, ist für mich selbstverständlich. Wer wissen will, warum, muss sich nur das Gruselkabinett an möglichen FPÖ-Gemeinderäten anschauen, denen man damit eine Bühne bieten würde. Durch ihren extrem tiefen Wahlkampf hatte sich die FPÖ meiner Meinung nach von vornherein disqualifiziert.

Mario Stocklehner
Wien

Gesundheitsminister Alois Stöger macht sich für ein staatlich anerkanntes Gütezeichen „gentechnikfrei“ stark.

Liebe „SPÖ Aktuell“-Redaktion!

Die Bemühungen von Gesundheitsminister Alois Stöger für eine einheitliche Kennzeichnung von gentechnikfreien Lebensmitteln finde ich absolut unterstützenswert. Ich versuche seit Jahr und Tag, beim Einkauf für meine Familie darauf zu achten, dass unsere Lebensmittel nicht genmanipuliert sind. Dabei sehe ich mich einem Wirrwarr von Etiketten, Siegeln und Qualitätszeichen gegenüber, die mehr Verwirrung stiften als eindeutige Auskunft zu geben. Da wird der Einkauf schnell zu einer zeitraubenden Tortur, bei der man sich am Ende trotzdem nicht sicher sein

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner, Christian Novotny, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Pertramer, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

NET NEWS

www.bf-archiv.at

„Burgenländische Freiheit“ als Onlinearchiv

Die langjährige Parteizeitung der SPÖ Burgenland, die „Burgenländische Freiheit“, ist seit kurzem als Onlinearchiv verfügbar. Dabei wurden alle Ausgaben – von den ersten Ausgaben zum Jahreswechsel 1921/22 bis zum Jahr 2007 – digitalisiert. Damit ist das neue Archiv ein digitaler Zeitzeuge der Geschichte des Burgenlands. Die mehr als 200.000 Seiten der rund 4.000 Ausgaben können online be-

quem nach Politdiskussionen, lokalen Ereignissen und sogar Sportergebnissen durchsucht werden. Für alle, die wissen wollen, was in den vergangenen Jahrzehnten im Burgenland los war, wird **bf-archiv.at** ein unverzichtbarer Begleiter sein. Auch für Schulen und wissenschaftliche Arbeiten über die Geschichte des Burgenlands eine nicht zu unterschätzende Hilfe. ♦



Jantzen



In Tirol ...

... werden die Jugendwinterspiele 2010 stattfinden. Bundeskanzler Werner Faymann besichtigte im Rahmen seines Tirol-Tages das Olympische Dorf, in dem mehr als 400 Wohnungen in Passivbauweise entstehen. Mehr als 1.000 Sportlerinnen und Sportler werden an 62 Winterbewerben teilnehmen.

In Kärnten ...

... wurde vor 90 Jahren in einer Volksabstimmung über den Verbleib bei Österreich abgestimmt. Bundeskanzler Werner Faymann und Bundespräsident Heinz Fischer nahmen an den Feierlichkeiten anlässlich dieses Jubiläums teil.



picturedesk

HBF/Wenzel



Beim Bund ...

... beginnen 300 junge Menschen im Herbst ihre Lehre. Die zuständige Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek hat sie mit einem kleinen Geschenk – einer Planentasche – überrascht und willkommen geheißen. „Uns ist wichtig, dass wir den Lehrlingen eine gute wirtschaftstaugliche Ausbildung bieten und sie fit für die Wirtschaft machen“, so Heinisch-Hosek.

Jobst



Aus Wien ...

... stammt der Tafelspitz, den Bürgermeister Michael Häupl hier präsentiert. Um zu zeigen, was die Kochlehrlinge gelernt haben, griffen sie gemeinsam mit dem Bürgermeister, Vizebürgermeisterin Renate Brauner und dem Spitzenkoch Helmut Österreich zum Kochlöffel und kredenzten Klassiker der Wiener Küche.



BMVIT

In Shanghai ...

... findet derzeit die „Austria Tec Week“ statt, eine Leistungsschau österreichischer Hochtechnologie im Rahmen der Expo 2010. Im Vorfeld hat Infrastrukturministerin Doris Bures den chinesischen Wissenschafts- und Technologieminister Wan Gang in Wien getroffen und mit ihm über die Zusammenarbeit zwischen Österreich und China im Bereich Technologie und Forschung gesprochen.